

Neue Paderer Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Redaktion und Verlagsstelle
Petrikauer-Strasse Nr. 15.
Telephon Nr. 283.

Interessante Lektüre: Sachhaltige Monatshefte über deren Raum 40 Mk. Stellengänge 20 Mk. Ausland 3 Mk. deutsche Währung. Monat. 2. Ausgabe im Text od. auf der 1. Seite (hosp. 10 breit 1800) Ausland 12 Mk. (deutsche) Raum der Monatshefte. Monat. 200 Mk. u. Korrespondenz. Bei Annahme der Zeitung u. d. d. 50 Prozent Abzahlung. Interests werden nach Maßgabe auf planiert, es können aber besonders Abzahlungen nicht beschlagnahmt werden, daher auch keine befristeten Restmationen. — Anzeigenernahme durch alle Annoncen-Büros. —

Nr. 320.

Freitag, den 22. November 1921.

20. Jahrgang.

Der Staatschef in Lida.

Lida, 20. November. (Pat.) Am 19. d. Mts. traf im Spezialzuge der Staatschef in Lida ein. Es begleiteten ihn: der Minister des Innern Domanowicz, der Chef der Disziplinierung des Innenministeriums Rosafowski, der Oberst des Generalstabes Nyska, der Ministerialrat im Außenministerium Dr. Gorski, der ältere Referent des Außenministeriums Reichjewski, sowie die Adjutanten des Staatschefs Leutnants Soltan und Kadenski.

Auf dem Bahnhof wurde der Staatschef von Vertretern der Regierungsbehörden mit dem Nowogroder Wojewoden Maczkiewicz an der Spitze, von Vertretern der Lidaer Stadverordnetenversammlung, von den Gemeindevorständen und von zahlreichen Publikum begrüßt. Gleichzeitig traf hier der Kommandant der Truppen Mittel-Litauens General Zeligowski mit seinem Generaladjutanten Pyskor und Herrn Weyrowski ein.

Nach Empfang des Rapports vom General Myszewski begab sich der Staatschef in das Offizierskassino, um Delegationen zu empfangen. Hier hielt der Staatschef an die Gemeindevorstände des Lidaer Kreises, sowie an die Vertreter der örtlichen Gesellschaft eine Ansprache, in der er die Versammlung aufzuforderte, an den Wahlen in den Wilnaer Sejm so zahlreich als möglich teilzunehmen. Der Staatschef erklärte zum Schluss, daß er bereit ist, den einmal angesprochenen Willen der Bevölkerung mit der Waffengewalt zu verteidigen.

Nach dem Staatschef sprach noch der Innenminister Domanowicz, worauf der Wojewode Maczkiewicz versicherte, daß die Bevölkerung des Lidaer Kreises ihre Pflicht tun werde.

Die Wahlen für den Wilnaer Sejm.

Wilna, 21. November. (Pat.) In Verbindung mit den in Sachen der Ausdehnung des Wahlkreises für den Sejm in Wilna beschlossenen Änderungen wird heute Herr Alexander Rostkowski zum Präsident der zeitweiligen Regierungskommission ernannt werden. Vizepräsident wird Herr Stefan Wolozelski. Das Datum, das die Wahlen für den Sejm in Wilna ankündigt, ist von General Bellgowski veröffentlicht worden. Es wird darin der Termin angegeben, bis zu dem die Wahlen stattfinden sollen. Wahltag wird voraussichtlich der 8. Januar sein. Die Wahlordnung wird von der zeitweiligen Regierungskommission festgelegt und veröffentlicht werden. Es sind Änderungen der Wahlweise vorgeschlagen. Ein Abgeordneter wird auf 9000 Wähler entfallen.

General Bellgowski ist entschlossen von seinem Posten zurückzutreten und seine Macht bis zum Inkrafttreten des Sejm an den neuen Präsident der zeitweiligen Regierungskommission, den er mit der Sorge für die Durchführung der Wahlen betrautet wird, abzutreten. Die Abreise General Bellgowski wird vor dem Beginn des Wahlverfahrens erfolgen.

Freundliche Ansichten.

Das Pol. Tagbl. schreibt unter obigem Titel: Während in Washington Harding die Abrüstungskonferenz mit der Bestimmung einleitet, die Völker seien Kriegsmüde, die Welt verlange Frieden, und deshalb hätten sich die Vertreter der Völker versammelt, um Freiheit und Recht zu sichern auf Grund gegenseitiger Verständigung, läßt der „Kurier“ Poganowski mit vollen Händen in die Kriegskompetenz. In seiner Nr. 260 bringt er als Forderung des Autors: Um was es sich für die Deutschen handelt, einen ähnlichen Gehalt unter der Überschrift: „Eine dringende Gefahr.“ In dem Artikel wird zunächst mit Bedauern festgesetzt, daß sowohl innerhalb wie außerhalb der Grenzen die Meinung bestände, sich mit Deutschland zu verständigen. Das aber sei eine Utopie. Und dann geht es weiter: „Aber Frankreich ist frei von jeglichen Stationen bezüglich Deutschlands und schämt es mit dem richtigen Maße ein. Frankreich allein ist sich dessen genau bewußt, daß sich die deutsche Seele in nicht geändert hat und sich sobald nicht ändern wird. Eine Nation von organisierten Missethätigen, die vom Raub groß geworden ist, eine Nation kaltblütiger Tyrannen und Terroristen, ... eine solche Nation im Herzen Europas, wird eine ewige Drohung und ein Unglück für alle ihre Nachbarn sein, besonders aber für die schwächeren gegen sie in erster Linie ihre Eroberungsgelüste gerichtet sind. Der Drang nach Osten ist doch keine Gefinnung der letzten Zeit. Wagnisbedeutung ist doch das alte Diktum, einer der Vororte Berlins heißt bis heute Nowawes, und in Mecklenburg befindet sich ein deutsches Krafow, dessen Name keinen russischen

Ursprung bezeugt. Lada (Elbe), Odra (Oder), Wisla (Weichsel) sind nur Stappen von deutschen Dörfern. Wenn wir damit die Forderungen der gegenwärtigen deutschen Politik zusammenhalten, von denen wir leicht, daß irgend welche ehrliebe und dauernde Verständigung mit einer solchen Nation eine Utopie ist. ... die Kreuzritterepistole kann man nicht ungestraft streichen, sagte Mielkiewicz. Betreten kann sie nur die Gewalt, doch diese blieben infolge der Wilsonschen Ideologie auf halber Höhe stehen und — hat sie nicht zertreten! ...

Verstärkt ist dieser Satz, wenn wir erwidern, daß derselbe gegen Staatsfunktionäre aus der Generalprokuratur, der nentlich einem ad hoc bestellten Ankläger seines Vororgans ernannt hatte, die Deutschen wären ja wohl nicht so naiv, daran zu glauben, daß das, was ihnen die Regenerna Wada Krowowa zuzurechnen hätte, für ihre Mängel zu nehmen gewesen wäre.

Die Deutschen untereinander müssen ja mit besonders hochgepanneter Erwartung zu den deutsch-polnischen Verhandlungen stehen, wenn ihnen aus den Reden, die hier die Politik maßgeblich beeinflussen, zugetraut wird, nur ein ganz Einklang könne davon zu erwarten sein, daß der Pole kein Wort halte, und eine Verständigung mit Deutschland als eine Utopie bezeichnet wird. Dazu noch der Fanatismus, der alles Versöhnlich des Elbe als polnische Gebiete reklamiert: — das kann ja frühere Weihnachten geben.

Auf einen großen Klug geht ein großer Reil. Die Kreuzritter, deren Nachfahren noch heute hier im Lande sitzen, haben mit dem Kreuz die Lehre hineingetragen: „Was mein ist, ist auch dein“ und sie haben mit dieser Lehre dem Lande das Recht gebracht und mit dem Rechte die Kultur, deren Segnungen auch in den letzten beiden Jahren nicht haben weggewischt werden können. Mit ruhiger Hand haben die neuen Ritter der Toleranz in Umkehrung jenes Wortes die Lösung auf ihre Fahne geschrieben: „Was dein ist auch mein.“ Folgerichtig wird aber unter der neuen Lösung das Recht und mit ihm die Kultur wieder vernichtet. Erstärkte doch nentlich nach der Verfassung des Holländers Pennock, der durch seine Kreditbeschaffungen unserer Bundesrepublik den ordnungsmäßigen Fortgang und die Gründung eine für das Land so außerordentlich bedeutungsvollen Industrie ermöglichte, ein Pole, als er gegen die von den deutschen Intellektuellen gestützten Pennock'schen Vorschläge stimmte: „Wir wissen, daß wir gegen das Interesse der Landeskultur handeln, aber wir müssen ja aus politischen Gründen.“ Bedeutete, daß es nur bei der kulturellen Einigung mit Deutschland möglich wäre, die Deutschen aus ihrer Position in der Bundesrepublik zu verdrängen. Und auch in der Beurteilung der Danenpächterverteilung dürfen wir uns auf polnische Kräfte berufen. Ein polnischer Kanoniker wurde, der mit Bitterkeit feststellte, wie schwer der Kulturzustand der Domänen dadurch beeinträchtigt wurde, daß auf die Stelle erprobter Fachleute beruflich und finanziell inkompetente Einflüchter der Großen von heute auf die Domänen gesetzt wurden. Und ein polnischer Pächter hat das gegenüber den deutschen Domänenpächtern angewandte Verfahren als Rechtsbeugung gebrandmarkt. Auch hier Müßigkeit der Kultur und Verfall des Rechts als Folge des Mißbrauches aus dem Vado mecum des Toleranzordens: was dein ist, ist auch mein. Aber gewiß: fremdes Gut haben die Hearen in großer Menge auf leichte Weise an sich gebracht. Es verlohnt wohl einmal, eine Berechnung über die Höhe der Beute anzustellen. Ein polnischer Landwirt, der sein 2000 Morgen großes Gut unmittelbar nach der Umwälzung erworben hat, zahlt aus auf Verlangen mit, daß er für die recht schadhafte Gebäude außerordentlich viel getan hat, daß er sie aber durch seine Anwesenheit in den beiden Wirtschaftsjahren 1919/20 und 1920/21 in einen absolut einwandfreien Zustand gebracht habe. Die Zinsausgaben hätten erstere im Jahre 1920/21 etwas über 2000000 Mark, und im Jahre 1919/20 etwas über 500000 Mark, zusammen also rund 2 1/2 Millionen. Nun war auf den Domänen von preussischen Fiskus außerordentlich viel für Neubauten geschehen. Man wird also annehmen dürfen, daß die Instandhaltung der Gebäude auf einer Domäne in den beiden letzten Wirtschaftsjahren höchstens etwa eine halbe Million erstere haben wird. Anstellen wir nun, daß von 100 Domänenpächtern, denen das gesamte Inventar wegen zunehmender Gebäudeverfallung einbehalten wurde, ist, in den beiden Jahren überhaupt keine Reparaturen an den Gebäuden ausgeführt worden sind, so wäre ihnen diese Unterzahlung mit 100 mal eine halbe Million gleich 50 Millionen auszurechnen. Der Wert des Inventars auf einer Domäne dürfte aber durchschnittlich etwa 20 Millionen betragen. In den Inventarlisten wegengenommen sind also 100 Domänenpächtern rund 2 Milliarden. Mühen — um es vorzüglich auszudrücken — Übergang eines Objekts von annähernd 2 Milliarden von Deutschen auf Polen, bezw. auf den polnischen Staat ohne Gegenleistung! Rechnet man hinzu,

was Genossenschaften, Vereine und Säugmehinden, Industrielle und ländliche Besitzer auf ähnliche Weise verloren haben und noch verlieren werden, dann kommt ein ganz ähnliches Summchen zusammen, das die Sattenfäden der Toleranzzeit erfüllt hat. Aber wie gewonnen, so zerronnen. Und da die Deutschen in Oberschlesien wohl nicht in diesem Maße angezogen sein werden, da sich dort schon Engländer und Franzosen eingestellt haben, weiß der „Kurier“ vorwärts blickend mit seinem Prokuratorenamt auf neue Gebiete. Wie Korfaury für sich in Anspruch nehmen durfte, die ober-schlesische Frage entdeckt zu haben, so wird dem neuen Danenpächter der Poln zu gut-tun, daß er die brandenburgische Meinungsfrage aufgerollt hat. — Und Friede auf Erden!

Abrüstungskonferenz.

Washington, 20. November. (Pat.) Auf der Sitzung der Kommission für die Fragen der Abrüstung sprachen sich sämtliche Mitglieder der Kommission, die 9 Staaten repräsentieren, für die territoriale und administrative Unabhängigkeit Chinas aus.

Washington, 20. November. (Pat.) Beinahe hielt heute eine Konferenz mit Hughes in Sachen der Abrüstung auf dem Meere an.

Washington, 20. November. (Pat.) Der Schloß und Beinahe reisen am nächsten Freitag nach Europa ab.

Paris, 21. November. (Pat.) In der Presse und in politischen Kreisen wird dem Ergebnis der Konferenz bedeutend pessimistischer entgegen gesehen, als am Anfang. „Globe“ versichert, daß Japan entschieden gegen eine Abrüstung ist. In der schlesischen Frage werden dagegen unbedingt bedeutende konkrete Ergebnisse erzielt werden.

Washington, 21. November. (Pat.) Wie der Hauptrepräsentant berichtet, sprach Balfour zugunsten der französischen These in Sachen der Abrüstung zu Gande.

Paris, 21. November. (Pat.) „New-York Herald“ berichtet aus Washington, dort sei man überzeugt, daß Belgien die Anerkennung der französischen These über die Beibehaltung einer starken Armee in Frankreich verlangen werde.

London, 21. November. (Pat.) „Morning Post“ berichtet auf Grund deutscher Quellen, Hughes habe die Ansicht mit Hilfe Englands und der Vereinigten Staaten das ganze Verleisystem in Mitteleuropa weiter aufzubauen und herzustellen.

Washington, 21. November. (Pat.) Einige Delegierte wiesen auf die Notwendigkeit der Einberufung einer Wirtschaftskonferenz hin.

Paris, 21. November. (Pat.) Der Korrespondent der „Ehr. Erb.“ meldet aus Washington, daß die englische Delegation die Begrüßung von einer Anklage Lord Georges in Washington amtlich kommentiert hat.

Japan läßt sich nicht entwaffnen.

London, 20. November. (Pat.) Aus Washington wird berichtet, daß Japan verlangen wird, seine Streitkräfte auf dem Meere um 60 bis 70 % zu verstärken. Japan ist mit der vollständigen Abschaffung der Unterseeboote nicht einverstanden und sprach sich nur für die Einschränkung ihrer Verwendung aus. Japan wünscht nichts mehr, als seine nationale Sicherheit zu schützen.

Paris, 21. November. (Pat.) Radio. Laut einer Meldung aus Washington drückte Japan den Wunsch aus, dieselbe Zahl von Kreuzern und Sperrplanen wie die Vereinigten Staaten zu besitzen.

Sinter den Kullissen der Abrüstungskonferenz.

Newport News, 20. November. (Pat.) Hovas. Hier wurde der neue große amerikanische Dreadnought „West Virginia“ vom Stapel gelassen.

Der Widerstand Amerikas.

Paris, 21. November. (Pat.) Der Korrespondent „Zeit Parisien“ berichtet aus Washington, Amerika widersetzte sich in Sachen der Unterseeboote den Forderungen Englands und in Sachen der See-Streitkräfte den Forderungen Japans.

Amnestie für Oberschlesien.

Kattowitz, 21. November. (Pat.) Die verbündeten Mächte teilten der Warschauer und Berliner Regierung mit, daß Oberschlesien, die in Polen oder Deutschland interniert sind, auf Grund der Amnestie für politische Verbrecher befreit werden sollen. Aus Dopein wird sich eine spezielle Kommission nach beiden Ländern begeben, um die Durchführung der Amnestievorarbeiten zu überwachen.

Die Wirtschaftsverhandlungen in der ober-schlesischen Frage.

Berlin, 21. November. (Pat.) Der deutsche Delegierte für die Wirtschaftsverhandlungen in der ober-schlesischen Frage, Schipper, gewährte vor seiner Abreise nach Genf dem Vertreter des Volksbüros eine Unterredung. Er äußerte die Überzeugung, daß die Beratungen in Genf sich nur auf den Ort und die Methode der eigentlichen Verhandlungen, die in der Nähe Oberschlesiens stattfinden sollen beziehen werden.

Eröffnung einer neuen Eisenbahnlinie.

Danzig, 20. November. (Pat.) Heute fand die feierliche Einweihung der neuerbauten Eisenbahnlinie Koloski—Gdynia statt. Zu der Feier traf der Ministerpräsident Danilowski ein, der vom Wojewoden Brestki begrüßt wurde. Der Eisenbahnminister Herr Sikorski sprach über die staatliche Bedeutung der neuerbauten Linie, die 88 Kilometer lang ist und im Verlaufe von 10 Monaten mit einem Kostenaufwande von 125 Millionen poln. Mark erbaut wurde.

Anlässlich der Einweihung der neuen Eisenbahnlinie übergab der Herr Ministerpräsident dem Wojewoden Brestki eine halbe Million Mark zum Bau einer Schule in Gdynia (Göingen), 800,000 Mark zum Bau einer Kapelle und 200,000 Mark zur Gründung einer Bibliothek in Gdynia.

Deutschland zahlt.

Paris, 20. November. (Pat.) „Temps“ behauptet, daß die deutsche Regierung am 15. d. Mts. die erste Garantierate, die vom Garantie-Komitee festgelegt wurde, in Höhe von 44 Millionen Mark in Gold bezahlte.

Die zweite Garantie-Rahlung fällt auf den 21. Dezember und beträgt 75 Prozent des deutschen Imports, berechnet für einen Monat. Sie beträgt etwa 85 Millionen Mark in Gold. Die Garantierahlungen werden von der Reparationsrate, die am 15. Januar 1922 fällig ist, abgezogen.

Eine stürmische Sitzung des preussischen Landtags.

Wien, 20. November. (Pat.) In Beginn der Sonnabend-Sitzung des preussischen Landtags brachte der kommunistische Abgeordnete Kay den Antrag ein, auf den ersten Punkt der Tagesordnung die Frage der Freilassung politischer Gefangenen zu stellen, die den Hungerstreik begaunnen. Es folgten stürmische Szenen. Abg. Schulz goß ein Glas Wasser auf die Abgeordneten der Rechten; die neben ihm standen. In dem allgemeinen Wirrwarr und steigendem Lärm ergriff Abg. Kay die Glocke des Präsidenten. Der Präsident verließ die Tribüne. Zwischen den Kommunisten und Mehrheitssozialisten kam es zu einer Schlägerei. Die kämpfenden Abgeordneten wurden von ihren Parteigenossen auseinandergebracht.

Die deutschen Eisenbahner protestieren und drohen.

Berlin, 17. November. Am Mittwoch fand im Zirkus Busch eine vom Deutschen Eisenbahnerverband veranstaltete Versammlung statt gegen den Plan einer Umwandlung der Reichseisenbahnen in privatrechtlichen Betrieb. Nach einem längeren Referat des Vorstandes der Ortsverwaltungsjahre Berlin nahm die von Tausenden von Eisenbahner bezogene Versammlung einstimmig eine Entschleunigung an, in der gegen die verlangte Ausgliederung der deutschen Eisenbahnen an die Privatindustrie protestiert und erklärt wird, daß die Versammlung entschlossen seien, bei event. Ausführung dieses Planes des Reichsverbandes der deutschen Industriellen sofort mit dem Generalstreik zu antworten. Die Resolution fordert weiter die Erhaltung der Gold- und Sachwerte. Die Eisenbahner verließen in geschlossener Demonstration die Versammlungshalle.

Wer trägt die Schuld am Ausbruch des Krieges?

Frankfurt, 21. November. (Pat.) Auf der gestrigen öffentlichen Versammlung der deutschen Volkspartei sprach der Reichstagsabgeordnete und ehem. Botschafter Kemnitz über das Thema: „Wer trägt die Schuld am Ausbruch des Krieges?“ Der Redner führte u. a. aus, daß noch vor dem Krieg im Jahre 1913 zwischen Wilson und England Verhandlungen in Sachen des zukünftigen Weltkrieges geführt wurden. Es handelte sich um die Herbeiführung einer Verständigung zwischen den leitenden Staatsmännern. Amerika sollte die Versicherung geben, daß es neutral bleiben und Waffen und Munition

